

# Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellungspreis 1 M. für die 6 getrennten Beleghe oder deren Name, Lohnpreis 1 Pfg., Restanten 2.50 M. In der Überholung und Jahresausgabe enthalten Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von 10 bis 12 Uhr. Die Nachzahlung der durch Fehlen übermiesigen Ausgaben werden wir keine Garantie. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Missgelingen eingezogen werden muß oder der Empfänger in Ausfall gerät.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 144.

Donnerstag den 23. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

**Freibank Rindfleisch**  
Wilsdruff, am 22. Juni 1921.

Mittwoch den 23. Juni 1921 von vorm. 9 Uhr an. Preis das Pfund 5 Mark.  
Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Regierung hat zur Einberung der dringenden Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.
- \* Die englischen Mitglieder der Interalliierten Kommission für Oberschlesien drängen auf baldige Entscheidung.
- \* Dem Reichstag ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Verschärfung der Geschäftsordnung zugegangen.
- \* Bei einem Straßenunfall in Herne (Westfalen) sind 83 Bergleute getötet und 68 verletzt worden.
- \* Im Deutsch-Oberreich ist ein Kabinettsamt mit dem bisherigen Wiener Polizeipräsidenten Schöber als Bundeskanzler gewählt worden.
- \* Lord George sprach vor den englischen Kolonialministern über die Lage der Weltpolitik, darunter auch über Deutschlands Entparitätung, Oberschlesien usw. und entwickelte Pläne zur allgemeinen Abrüstung.
- \* Aus Athen verlautet, die griechische Offensiv gegen die türkischen Nationalisten sei um einen Monat verschoben.

### Die Kette ohne Ende.

Reichskanzler Brüch's Rede mußte durch ihre Hoffnungslosigkeit überraschen, trotzdem bekannt ist, daß der Kanzler glaubt, mit Hilfe seiner Finanzpläne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches überwinden zu können. Denn die unbedingte Sicherheit, die verlangten Summen ausbringen zu können, hatte man bis jetzt von Seiten der Regierung nicht gehört, nur Minister Rathenau hatte im Reichstag vorsichtiger andeutet, er halte die Erfüllung der Ententeforderungen für möglich. Am Tag nach der Brüch's Rede hat der Reichstag ebenfalls Finanzfragen besprochen, und man muß sagen: daß, was in dieser Besprechung erwähnt wurde, ist recht wenig geeignet, die Hoffnungen des Reichstages zu nähern.

Es wurde im Reichstag festgestellt, daß das Reich im laufenden Jahr für einen Betrag von 159½ Milliarden Mark Bedarf hat. Der Jahresbedarf für die Reparation — zusammengefaßt aus den Leistungen auf Grund des Ultimatum's, den laufenden Leistungen für die Besatzungstruppen usw. — beträgt 106 Milliarden Papiermark, hinzu kommen 49 Milliarden aus dem ordentlichen Haushalt und 4½ Milliarden aus dem außerordentlichen Haushalt, die nicht durch Einnahmen aufgebracht werden können. Anleihen und die Erträge von Steuern, die einzuweisen noch nicht existieren, sollen hier ausreichen — ein Verfahren, das als Musterbeispiel für eine geordnete Staatswirtschaft wirklich nicht aufgestellt werden kann. Noch niederschlagender aber ist die Ursache, die dieses ungeheure Anwachsen der Verwaltungskosten des Reiches verschuldet hat: Die Absicht der Regierung, in diesem Jahr weniger zu verbrauchen als in dem Entwurf des Etats vom Reichstag bewilligt worden war, hat sich nicht verwirklichen lassen. Damit ist die Aussicht, durch Ersparnisse wenigstens einen Teil der ungeheuren Fehlbeträge einzubringen, zunichte geworden. Besondere Hoffnungen kann es auch nicht hervorzurufen, daß der Reichstag 10 Millionen Mark, die das auswärtige Amt verlangt, verweigert hat, denn gleichzeitig sind neue 200 Millionen Mark für die Erwerblosenfürsorge (im ganzen für diesen Zweck 1200 Millionen Mark) bewilligt worden und 7½ Milliarden Mark für die Verbilligung von Lebensmitteln.

Demgegenüber hat der Reichskanzler, dem ja diese Zahlen schon vor ihrer Veröffentlichung bekannt sein mußten, in Offen erklärt, die Tatsache, daß im vorigen Jahre 45 Milliarden Mark an Steuern heringebracht werden konnten, berechne zu den besten Hoffnungen und lasse es als sicher erscheinen, daß die Einnahmen in diesem Jahr aus den schon bestehenden Steuern noch höher sein werden. Diese Angaben und diese Hoffnungen sind zweifellos richtig, aber der Kanzler erwähnt nicht, daß die 45 Milliarden Steuererträge nur die Hälfte des inneren Reichsbedarfs gedeckt haben und gar nur ein Drittel der gesamten Ausgaben, die das Reich im vorigen Jahre zu leisten hatte. Angesichts der riesigen Summen, die in diesem Jahr aufzubringen sind — 108 Milliarden für die allgemeine Reichsverwaltung, 16,2 Milliarden für außerordentliche Ausgaben und 106 Milliarden für die Reparationen — muß man sich fragen, ob die Steuererträge in diesem Jahr nicht einen noch geringeren Teil der Ausgaben aufbringen werden und wobei die anderen großen Teilbeträge gedeckt werden sollen. Freilich — das Reichsfinanzministerium plant, eine ganze Reihe neuer Steuern einzuführen, und eben jetzt verbreitet es eine Liste dieser Steuern. Da finden sich Ergänzungen zum Reichsnotopfer, zur Abgabe vom Vermögenszuwachs, zum Kapitalertragsteuergesetz, zur Körperschaftsteuer, zum Bruttovermögensteuergesetz, Erhöhungen der Zuder-, der Kohlen-, der Abgaben von Bier, Mineralwasser, Leuchtstoffen und Zündwaren, neue Steuern auf den Kapitalverkehr, den Umsatz, auf Versicherungen, Kraftfahrzeuge

und Zehnwecken. Und zweifellos werden alle diese Steuern erhebliche Erträge abwerfen, selbst wenn man von vornherein berücksichtigt, daß die Erhöhung der Preise von Verbrauchsartikeln, die sie zur Folge haben, Einschränkungen im Verbrauch dieser Artikel herbeiführen werden. Trotzdem, das kann nochmals betont werden, werden sie große Summen abwerfen.

Aber es darf nicht vergessen werden, daß diese Summen zum großen Teil nur auf dem Papier stehen und wohl eine zahlmäßige, aber nicht eine tatsächliche Erhöhung der Reichseinnahmen bedeuten. Denn die Belastung mit neuen Abgaben und ihre Folgeerscheinung, die Preissteigerungen, werden neue Lohn- und Gehaltsaufbesserungen unumgänglich machen, damit eine Vermehrung des Papiergeldes und ein neues Sinken des Marktkurses auf dem internationalen Markt erzwingen — eine Kette ohne Ende. Diese Kette hat schließlich auch den vom Reichskanzler rühmend hervorgehobenen großen Steuerertrag des vergangenen Jahres von 45 Milliarden Mark hervorgebracht, das heißt, diese Summe ist nur dadurch entstanden, daß der Umlauf des Papiergeldes im inneren Deutschland zunahm, und die 45 Milliarden stellen deshalb zwar eine große Zahl, aber einen bei weitem weniger großen Wert dar.

Man kann nach solchen Überlegungen die Worte des Kanzlers kaum so hoffnungsfroh aufnehmen, wie er sie ausgesprochen hat, und vielmehr teilt er hier selbst schon nicht mehr seine Hoffnung vom Sonntag, denn ganz abgesehen von seinen sonstigen Vänen — kommt aus Paris eine Meldung, die ihm einen der wichtigsten Posten aus seinem Reparationsprogramm zu entziehen droht: Der „Temps“ erklärt, die Alliierten ständen auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung des Kohlenpreises im Inlande nicht eine Erhöhung der Preise für die an Frankreich und Belgien zu liefernde deutsche Reparationsstoffe zur Folge haben dürfte. Die Erhöhung des Kohlenpreises bis auf die Höhe der Weltmarktpreise aber war in dem finanziellen Reparationsproblem des Kanzlers einer der wichtigsten Faktoren. Wenn die Entente sich wirklich darauf verstehen sollte, diesen Faktor auszuscheiden, so erscheint es fraglich, ob Dr. Brüch für ihn Ersatz finden wird.

### Die kommenden Steuervorlagen.

Das Reichsfinanzministerium gibt eine Übersicht über diejenigen Steuervorlagen, die der Fertigstellung nahe sind und wohl in kurzer der amtlichen Beurteilung unterliegen werden. Dazu gehören die Novellen zu den Gesetzen über das Reichsnotopfer und über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der Entwurf zur Änderung des Kapitalertragsteuergesetzes. Aus dem Gebiet der Verbrauchsabgaben sind die Gesetze über die Erhöhung der Zundersteuer, über das Stöckfischmonopol und über die Verlängerung der Kohlensteuer erwähnt; alle drei Novellen sind bereits den Ausschüssen des Reichstages zugegangen.

Andere Entwürfe unterliegen augenblicklich noch der Beratung des Reichstages und seiner Ausschüsse. Hierzu gehört insbesondere das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn, durch das bekanntlich der bereits bestehende Steuerertrag in der Weise ausgebaut werden soll, daß er nicht mehr wie bisher eine Abschlagzahlung auf die Einkommensteuer darstellt, sondern in weitem Umfange eine nachträgliche Belastung überhaupt entbehren kann. Ferner ist erwähnt die Novelle zum Körperschaftsteuergesetz, die neben mehreren anderen bedeutungsvollen Änderungen des geltenden Gesetzes eine wesentliche Tarifherabsetzung bringen wird. Außerdem ist eine Novelle zum Bruttovermögensteuergesetz vom Reichstag verabschiedet worden; sie wird bereits in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen.

Außer den genannten Vorlagen befindet sich noch eine größere Anzahl Steuerentwürfe in Vorbereitung. Zunächst ist die Erhöhung verschiedener Verbrauchsabgaben geplant, so vom Tabak, dem Bier, dem Mineralwasser, den Leuchtstoffen und Zündwaren. Auch die Erhöhung gewisser Böden ist beabsichtigt, und es schweben Erwägungen wegen einer Erhöhung der Kohlensteuer. Ferner nähern sich die Vorbereitungen zu einem Kapitalertragsteuergesetz ihrem Ende; dieses Gesetz wird insbesondere den Gesellschaftssteuererhöhungen und den Vorsteuern und Vermögensabgaben steuerlich härter heranrücken. In Vorbereitung sind außerdem Entwürfe zur Verbesserung der Versicherungen, Kraftfahrzeuge und der Kennzeichen. Auch das Landessteuergesetz, das bekanntlich die Grundlage für den steuerlichen Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden darstellt, wird durch eine Novelle ergänzt werden müssen. Schließlich darf erwähnt werden, daß auch mit einer wesentlichen Erhöhung der Umsatzsteuer demnächst gerechnet werden muß.

### Lloyd Georges Weltpolitik.

#### Abrüstungsgedanken.

In London tagt zurzeit die britische Reichskonferenz, d. h. die Zusammenkunft der Premierminister aller britischen Nationen. Zur Eröffnung dieser Konferenz hat Lloyd George eine Rede gehalten, in der er sich über die europäische Lage und die Weltpolitik überhaupt verbreitete.

Er begann damit, daß die Konferenz in einem Augenblick stattfände, wo der Zustand in Großbritannien sehr gespannt sei und viele Teile der Welt mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Es sei unabweislich, daß die Völker, welche im Kriege so riefenhaft angepannt waren, und die im Kriege so große Verluste an Menschenleben und Besitz erlitten hätten, die Folgen davon jetzt zu spüren hätten. Jahre würden vergehen, bis die Folgen des Krieges überwunden seien. Es gebe europäische Länder, wo die Armut und die Not furchtbar seien. Trotz vieler entmutigender Dinge glaube er jedoch zuversichtlich, daß sich die Welt langsam durch alle Schwierigkeiten hindurcharbeiten werde.

Deutschland habe befriedigend entwaffnet,

nur Bayern kräube sich noch ein wenig, aber er glaube, daß auch das bayerische Problem bald gelöst sein werde. Das Wiederarmutungsproblem bot mehr Schwierigkeiten, erst jetzt, nach zwei Jahren, habe man einen Weg gefunden, der praktisch sei und von Deutschland angenommen wurde. Trotzdem sei der Friede noch nicht restlos in der Welt hergestellt. Erst wenn die polnisch-litauische, die oberschlesische und die große Orient-Frage gelöst, und erst wenn der Wille der neuen und der besiegten Völker friedlich und erträglich geworden sein werden, könne man vom ganzen Frieden sprechen. Im übrigen sagte Lloyd George zur allgemeinen Weltpolitik nichts bindendes, sondern vertrat die Verammlung auf die Rückkehr des Außenministers Lord Curzon aus Paris.

#### Freiheit „nach und nach“.

Die ungeahnte feste Einheit des britischen Reiches rettete Frankreich, England und die Kultur vor der Katastrophe. Auch andere Völker haben Menschen aller Rassen, Sprachen und Traditionen unter einem Regierungssystem vereinigt, aber das britische Reich untersteht sich von anderen in einem sehr wichtigen Punkte: Es ruht nicht auf Macht, sondern auf Wohlgenügendkeit und auf gegenseitigem Vertrauen. Während Grundgesetz ist die Freiheit. Wo dieser Grundgesetz bisher noch nicht beachtet wird, wird er „nach und nach“ eingeführt.

#### Die japanisch-amerikanische Frage.

Lloyd George pries dann sehr die Reichsverbienste der Lokalen Jüder, die bekanntlich auf der Konferenz ihre neue Autonomie zur Geltung bringen wollten. Sodann wandte sich Lloyd George — der, nebenbei gesagt, den französischen Bundesgenossen in seiner Rede ganz vergaß — dem Hauptproblem der Konferenz, den Beziehungen zu Japan, Amerika, China zu. Er dankte Japan für die Kriegshilfe, pries die alte Freundschaft, die man erhalten wolle. Auch die Hilfskräfte des darniederliegenden China sei England bereit zu hören. Das erste Prinzip Englands aber sei die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Amerika in allen Teilen der Welt.

### Korfanth „räumt“ Oberschlesien.

#### England drängt auf Entscheidung.

England zeigt sich wieder einmal stark, und seine Presse fängt an zu drohen. „Manchester Guardian“ meldet aus Opatowitz, wenn die Franzosen ihre Politik der Begünstigung der polnischen Insurgenten auf Schritt und Tritt fortsetzen und jede geringe Schwierigkeit ausbeuten, um den Zustand zu verlängern, dann könne es zu einem ernstlichen Bruch innerhalb der Interalliierten Kommission kommen. Die Geduld der britischen Mitglieder sei zu Ende. Es sei nötig, daß England wieder einen größeren Einfluss in der Kommission gewinne, oder aber eine unabhängige Aktion ergreife. Weiter meldet aus Paris, bei den Beratungen zwischen Lord Curzon und Briand über Oberschlesien sei klar zum Ausdruck gebracht worden, daß der Oberste Rat auf jeden Fall die endgültige Entscheidung treffen wird.

#### Die 3. A. R.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, er glaube nicht, daß es wünschenswert sein würde, augenblicklich eine Erklärung über die oberschlesische Frage abzugeben. Auf eine weitere Anfrage, ob die Gebiete, aus welchen sich die regulären deutschen Truppen zurückziehen haben, in die Hände der polnischen Insurgenten gelangen könnten, antwortete Lloyd George, er sei darauf hingewiesen worden. Er glaube, daß diese Hinweise vollkommen richtig seien. In Paris wird erwidert im Unterkontin auf eine Frage, in Oberschlesien befänden sich zurzeit als Mitglieder der Interalliierten Kommission 529 Personen, davon seien 294 Franzosen, 85 Italiener, 141 Engländer.

#### Räumungsplan und polnische Miliz.

Aber den deutschen Räumungsplan für Oberschlesien begannen inoffizielle Verhandlungen zwischen General Hoefler und dem englischen General Hensicker und gleichzeitig zwischen dem Vorsitzenden des deutschen Wähler-Ausschusses Ullrich und General de Marini als dem Vertreter der Interalliierten Kommission. Der italienische General soll dabei die deutschen Vorschläge im einzelnen kritisieren, im ganzen aber als eine geeignete Grundlage weiterer Verhandlungen bezeichnet haben.

Das Organ Korfantschs veröffentlicht angebliche Ermahnungen mit der Entente-Kommission. Darin heißt es wörtlich:

Gleichzeitig mit der Demobilisierung der Infanterie soll auf dem von der bisherigen neutralen Zone abgetrennten Gebiet eine polnische Miliz ins Leben gerufen werden. Die Anordnungen dazu sind bereits erlassen. Alle von dem Volkskongress erlassenen Verordnungen über die Verwaltung des Landes, über den Eisenbahnverkehr usw. bleiben zunächst bestehen, die weitere Regelung der Frage bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten.

Nach einer dem Reichspostministerium zugegangenen Nachricht wird der Inhalt der Postfächer, die in begrenzter Anzahl in das Aufstandsgebiet Oberschlesiens befördert werden, von den Aufständigen regelmäßig geprüft und zensuriert.

Sorge um den nächsten Aufstand. Die deutschen Korporationen Oberschlesiens, darunter auch die Gewerkschaften der Arbeiter, die Angestellten- und Beamtenverbände, die politischen Parteien usw. haben an die J. A. K. in Oppeln ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

Die ober-schlesischen Zeitungen bringen eingehende Mitteilungen über die von der J. A. K. in Oppeln mit Korfantsch wegen der Räumung erfolgten Verhandlungen. Diese Berichte erfüllen uns mit der schwersten Sorge. Nach völlig zuverlässiger Mitteilung hat Korfantsch seinen Truppenführern Anweisungen darüber erteilt, daß alles Kriegsmaterial, einschließlich der Panzerzüge und der „requirierten Autos“ über die Grenze gebracht und dort aufbewahrt werden sollen. Die Gruppenführer haben sich über die Grenze nach Polen zurückbegeben, bleiben mit den in Oberschlesien befindlichen Truppen zur Verfügung Korfantschs und beziehen weitere Gehälter und Löhne. In den geräumten Gebieten sind die von Korfantsch vorgeordneten Milizen dazu bestimmt, als Cadre für die Infanterieformationen zu dienen. Es wird bereits offen vom vierten Aufstand gesprochen, der bei der nächsten Gelegenheit angezettelt werden soll. Wir erinnern daran, daß der Aufstand sicher nicht ausgebrochen wäre, wenn die Hohe Interalliierte Kommission nicht alle Warnungen unbeachtet gelassen hätte. Leider hat die J. A. K. immer wieder Korfantschs Abschwärzungen Glauben geschenkt. Wir bitten deshalb dringend, die nächstgrößere Vorsicht walten zu lassen, z. B. auf die von Korfantsch vorgeschlagene Miliz unter feinen Umständen einzugehen.

#### Zusammenschluß des Hilfswerts.

Das Ober-schlesische Hilfswerk hat einen Reichsausschuß einberufen, in dem die führenden Charitativ-, gewerkschaftlichen und beruflichen Verbände Deutschlands vertreten sind. Das Wort der drei verantwortlichen Verbände, Deutsches Rotes Kreuz, Vereinte Verbände heimattreuer Oberschlesier und Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände wird hierdurch wiederholt und Förderung in den weitesten Kreisen finden.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Nach einer Kongressrede in Essen.

Bei einem Empfang des Reichskanzlers durch die Stadtbehörden antwortete Dr. Brüning, indem er sagte, die Reichsregierung habe Ziel und Richtung der großen Politik vorgezeichnet. Diese Politik sei im Volke im weitesten Maße verstanden worden. Die Politik der Verständigung und Verschönerung nach innen und außen dürfe nicht schwächen. Sie müsse vielmehr von Tag zu Tag vertieft und erweitert werden. Wo ein Wille sei, und zwar ein einheitlicher Wille, werde sich auch ein Weg finden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Dieses Ziel sei, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen.

Der Wille, aufrichtig und treu dem erkannnten Ziele zuzustreben, müsse stets fließen aus großer Liebe zum Vaterland und zum Volke.

#### Deutschland hat das Ultimatum erfüllt.

Im englischen Unterhause antwortete Chamberlain auf die Frage, ob Deutschland in jeder Hinsicht die Bedingungen des Ultimatus, das die Alliierten ihm vor kurzem mit Bezug auf die Durchführung des Vertrages von Versailles überreichten, ausgeführt habe, die Bedingungen des Ultimatus seien entweder tatsächlich erfüllt worden oder seien in der Durchführung begriffen. Für einige Bedingungen sei die gefetzte Frist noch nicht abgelaufen.

#### Schärfere Geschäftsordnung im Reichstage.

Die letzten turbulenten Vorgänge im Reichstag haben zu einem Antrag zur Verschärfung der Geschäftsordnung geführt. Er stammt von dem deutsch-volksparteilichen Abg. Prof. Dr. Kahl und fordert die Änderung der Geschäftsordnung im folgenden Sinne: „Wenn ein Abgeordneter den Anordnungen des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten trotz dreimaliger Verwarnung nicht Folge leistet, kann er für die Dauer von vier Wochen von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen werden. Für diese Zeit wird dem betreffenden Abgeordneten die Ausweisakte entzogen und die Aufwandsentschädigung gesperrt.“

#### Gewerkschafter gegen die Sanktionen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtete an die Reichsregierung eine Eingabe, in der er im Namen seiner 2 1/2 Millionen Mitglieder die schleunige Befestigung der gegen Korfantsch und Sinn des Friedensvertrages verstoßenden Sanktionsmaßnahmen der Entente verlangt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund werde mit allen seinen Kräften hinter allen Maßnahmen stehen, die von der Reichsregierung zur Befestigung der dem Gedanken friedlicher Annäherung der Völker hohnsprechenden Sanktionsmaßnahmen getroffen werden.

#### Die Französisierung des Saargebietes.

Der Rat des Völkerbundes in Paris verhandelt über die Verwaltung des Saargebietes. Insbesondere soll die französische Besetzung bleiben. Als Bürger des Saargebietes sollen sie nicht mehr angesehen werden können. Die Einführung des französischen Geldes biete keinen Anlaß zum Einschreiten. Die den deutschen Protest ablehnenden Entscheidungen sollen der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

### Deutscher Reichstag.

(119. Sitzung.) 21. Juni.

Der Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung widmete der Präsident Loche dem in der letzten Nacht gestorbenen unabhängigen Abg. Aderhold einen Nachruf und gedachte des Gedenktages bei Harn, dem, wie bisher feststeht, 33 weitere Begleitete zum Opfer gefallen sind. Die anwesenden Abgeordneten ehrten das Gedächtnis der Dahingegangenen durch Erheben von den Sitzen.

Sodann wurde über das Verlangen des Ministers des Innern beraten, die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. van den Kerkhoff (Deutschl.) wegen Steuerhinterziehung und Verletzung zu erteilen. Abg. Saath-Atzenberg (Deutschl.) beantragte, diese Genehmigung sofort ohne Rücksicht auf die Angelegenheit, und dieser Antrag wurde gegen die äußerste Linke angenommen. Nun trat das Haus in die Tagesordnung ein.

#### Beamtenfragen.

In der ersten Stelle standen die deutsch-nationalen und völksparteilichen Interpellationen, weshalb die Reichsregierung dem Beschluß des Reichstages über die Aufhebung der Exekutivprähung der Übergang von Klasse 6 nach Klasse 7 nicht entsprochen habe. Außerdem liegen Anträge der Demokraten und Sozialisten sowie der Unabhängigen auf Fortfall dieser Prähung vor.

Abg. Lauerer (Deutschl.) begründete die Interpellation seiner Partei. Der Beschluß des Reichstages ist gefasst, erklärte er, um das Interesse der Beamten zu schonen. Trotzdem hält die Regierung an der Prähung fest. Eine unterschiedliche Ver-

wandlung zwischen Zivil- und Militärbeamten ist nicht statthaft. Auch die Aufhebung, als ob die Beamtenhaft selbst die Prähung wünschenswert ist, unzulässig. Die Reichsregierung hat sich über den vorliegenden Beschluß des Reichstages hinweggesetzt und damit dem demokratischen Gedanken einen schweren Schlag versetzt. Jetzt ist die Frage, ob es sich nicht mehr um eine Angelegenheit der Beamten handelt, sondern um eine Sache des Reichstages. Einvernehmen haben die meisten Beamtenklagen die Ablegung der Prähung zu verweigern beschlossen. Wir werden jedenfalls von dem Beschluß des Reichstages nicht abgehen.

Abg. Morath (Z. Volksp.) schloß sich den Ausführungen des Redners an und begrüßte die Interpellation seiner Partei, wobei er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß wenigstens in dieser Frage Einigkeit herrsche. Der Redner beurteilt scharf die Haltung der Regierung in dieser Frage und schloß seine Ausführungen mit der Warnung an die Regierung, die Verantwortlichkeit der Beamten nicht zu untergraben.

#### Die Antwort der Regierung.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning entgegnete, daß er dieser Interpellation mit größter Ruhe begegnen könne. Die Interpellationen kämen einem Tag zu spät. Ich und der Minister Siegel, erklärte der Finanzminister, haben fast den Standpunkt vertreten, die Prähung nach Klasse 7 fallen zu lassen. Ich habe auch den Vorkamern dies bereits zugesagt. Nun stellen sich aber auf allen Seiten Schwierigkeiten ein, und die vorige Regierung hat deshalb die Bestimmungen der Prähung für alle Kategorien von Beamten neu geregelt. Dem haben wir uns im neuen Kabinett einfach angeschlossen. Was sollten denn die Beamten sagen, die die Prähung abgelehnt haben? Jedemfalls sind wir bereit, den Beamten, die die Prähung abgelehnt haben, sofort ihre Bezüge mit nachwirkender Kraft zuzumessen zu lassen. Minister Siegel und ich werden froh sein, endlich die Präsenzenfrage in Ordnung zu bringen. Es muß sich doch ein Mittelweg finden lassen. Wenn jetzt die Befestigung ausgesprochen wird, man geht mit der Befestigung des Berufsbeamtenums, so muß ich dem entschieden widersprechen.

Abg. Burloge (Zentr.) beantragte Beweispflicht der Angelegenheit an den I. Ausschuß. Außerdem war ein Antrag Herge und Genossen (Deutschl.) eingegangen, der ein Militärauskuss gegen das Ministerium einstellt.

Abg. Steinbrunn (Soz.) begründete hierauf den sozialdemokratischen Antrag auf Wegfall der Prähung, wobei er schwere Vorwürfe gegen das vorige Kabinett richtete. Abg. Brenning (N. Soz.) begründete den Antrag seiner Partei auf Aufhebung der Übergangsprähung. Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen wurde der Antrag Burloge auf Kommissionsberatung genehmigt.

Die Abstimmung über die von den Deutschnationalen beantragte Militärauskussfrage soll auf Antrag der Deutschnationalen eine namentliche sein, und diese namentliche Abstimmung wurde auf Antrag der Mehrheitssozialisten auf morgen verschoben.

Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wurde in allen drei Lesungen genehmigt, desgleichen der deutsch-polnische Amnestie-Vertrag und der Gesetzentwurf über die Befestigung des Friedenszustandes mit China. Ferner wurde genehmigt der Entwurf über die Erhaltung der von Elsaß-Lothringen geleiteten außerordentlichen Kriegsanlagen und der Entwurf über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenze des Saargebietes. Der Antrag zum Reichshandelskapital wurde an den Haushaltsausschuß überwiesen. Der Entwurf des Reichsaufbaugesetzes ging an den Wohnungsausschuß.

#### Ausgabe zur Förderung des Wohnungsbau.

Reichsarbeitsminister Brüning begründete die in zweiter Lesung behandelte Vorlage. Die Übergangung von der Reichswendigkeit einer Wohnungsausgabe sei inzwischen Gemeingut geworden. Diese Steuer sei ein notwendiges Übel, geboren aus dem Zwang der Verhältnisse. Mit dem Rotgeleit über die vorläufige Förderung des Wohnungsbau war die Wohnungsausgabe schon gegeben und der vorliegende Entwurf sei lediglich eine Verbesserung dieses Gesetzes. Die Regierung sei bemüht gewesen, die wirtschaftlich schwachen Schichten zu schützen. Auf Ansuchen der Länder ist aber dieser Weg verlassen und die Grundsteuer befestigt worden. Damit war die Möglichkeit, die wirtschaftlich Schwachen von vornherein zu schützen, gefallen. Es soll aber Erleichterung der Ausgaben stattfinden, falls besondere Anträge gestellt werden. Dem Antrag der Sozialisten, den Übergang öffentlicher Bauen in Privatbesitz zuzulassen, wenn der Eigentümer aus Verarmung oder Verfall seinen übermäßigen Gewinn erzielt, können wir zustimmen. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

## Mag auch die Liebe weinen ...

28 | Roman von Fr. Lehne.  
Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 31.

Mit süßem Lächeln applaudierte Frau von Hellwig, die wohl sah, daß ihr Sohn sich durch etwas gekränkt fühlte. Der Leutnant hatte sich jetzt auch ostentativ von Lore abgewandt, und blätterte in einer Zeitschrift.

Bergers verabschiedeten sich bald nach dem Abenddiner. Der Oberförster nahm nach Gelegenheit, Erich zu fragen, was er mit Herrn von Hellwig gehabt.

„Offen sah ihn der Angeredete an.  
„Ach blüme ein Aufschubigung, Herr Oberförster, daß ich in Ihrem Hause etwas inoffiziell gehandelt habe! Doch Herr von Hellwig lacht mich bei jeder Gelegenheit zu verlegen.“ Und kurz erzählte er das Vorgefallene.

„So — so,“ machte Herr von Eggert, äugerte sich aber weiter nicht darüber.

„Unangenehmer Mensch, Ihr Revierförster!“ sagte Max von Hellwig später, als er mit seinem Vater und Herrn von Eggert Skat spielte.

„Wie meinen Sie das? Ich habe ihn bisher nur von der besten Seite kennen gelernt; er ist ein tüchtiger, gewissenhafter Beamter und mir außerdem persönlich sehr sympathisch,“ entgegnete der Oberförster mit Nachdruck.

„Seine Eigenschaften im Dienst kann ich nicht beurteilen; doch finde ich, daß halbgebildete Leute leicht die Güte und Liebenswürdigkeit mißbrauchen, die man ihnen entgegenbringt.“  
„Bis jetzt hat sich niemand über zu große Liebenswürdigkeit von mir zu beklagen gehabt!“ lachte der Oberförster geräuschvoll, und als Leutnant Hellwig nochmals das Gespräch auf den Förster lenkte, ging er nicht darauf ein, sondern sagte sein Spiel an.

Als Frau Berger mit ihren Kindern wieder daheim war, fragte sie den Sohn:

„Erich, was heißt Du nur wieder mit dem Leutnant? Schon einmal war's, im November, erinnerst Du dich?“

Beschwichtigend legte er seine Hand auf die ihre.

„Gar nichts, Mutterchen, gar nichts, was Dir Grund zur Beunruhigung geben könnte.“

„Ach glaube, ihm war es nicht recht, daß wir da waren und daß Fräulein Jutta so freundlich zu uns war.“

„Wir waren Gäste, Mutterchen, und es wäre unhöflich gewesen, wenn Fräulein von Eggert und anders als Rittergutsbesitzer Hellwig behandelt hätte.“

Er sprach sehr ruhig und gleichmütig — war es, weil er den

forthenden Blick der Schwester fühlte? Niemand durfte ja ahnen, was ihm Jutta war.

„Du, Erich,“ sagte jetzt Frau Berger, „ich glaube, daß Oberförsters und Hellwigs es gern sehen würden, wenn aus der Tochter und dem Sohne ein Paar würden.“

Erich sprang hastig auf.

„Mutterchen, das glaube ich schon lange.“

Seine Stimme klang aber unruhig, und er litt Qualen, während seine Mutter diesen Gedanken ausspann. Man habe jetzt Weihnachten schon die Verlobung der beiden erwartet. Oberförsters seien nicht besonders vermögend, Hellwigs dagegen desto mehr. Für den Leutnant hofft man auf Protektion; die Brüder des Oberförsters seien alle hohe Militärs, ebenso auch die Verwandten der Frau von Eggert.

Mit müdem Lächeln meinte da Erich, der im Halbdunkel des Zimmers stand, so daß sein Gesicht nur unbestimmt zu sehen war:

„Wird mein Mutterchen jetzt auf ihre alten Tage so neugierig? Man wird es ja noch erwarten können, Ihr Frauen müßt aber immer etwas zu kombinieren und zu erzählen haben, sonst seid ihr nicht glücklich.“ Er gähnte hinter der vorgehaltenen Hand.

„Ach bin müde und möchte schlafen gehen! Für mich beginnt der Tag morgen zeitig! Wenn ihr noch aufbleiben wollt? Gute Nacht!“

Mit großen, sinnenden Augen sah Lore ihm nach. Es war etwas Fremdes an dem Bruder gewesen, etwas, das sie störte.

Von draußen hörte sie ihn pfeifen: Santa Lucia ...

#### Vierzehntes Kapitel

Der Mai ist gekommen,  
Die Bäume schlagen aus!  
Da bleibe, wer Lust hat,  
Mit Sorgen zu Haus.

Jubelnd klangen die hellen Kinderstimmen durch den Garten, und warm schien die Frühlingssonne auf die kleine Gruppe, die taftmäßig nach dem Liebe auf dem Rasen marschierte. Ein schlanke, braunhaariges Mädchen war die Anführerin; jetzt kommandierte sie:

„Halt! — Seht Euch!“

Die Kinder ließen sich auf kleine Feldstühle nieder und sahen erwartungsvoll auf ihre Lehrerin.

„Jetzt hat das Spielen ein Ende. Nun geht feine acht, Sissi und Ossi!“

Lore bog den blühenden Zweig eines Apfelbaumes herunter und erklärte den Kindern das Wunder der Blüte und Frucht. — Als ob sie ein Märchen erzählte, so hingen der Kinder Augen an ihren Lippen, und unermüdet waren die beiden im Fragen, auf das immer neue Antwort gefunden

wurde. Lore hatte eine so nette Art zu unterrichten, daß die Kinder stets mit Lust und Liebe bei den Schulstunden waren.

Mit bewundernden Augen betrachtete Graf Altvorden die liebevolle Gruppe. Er lehnte an dem Stadet, das den Obstgarten vom Park und von der Straße trennte, und sein Wort war ihm entgangen von dem, was Lore sprach. Seine wie Nahrung überkam es ihn, als er die Aufmerksamkeit gewahrte, mit der seine Kinder den Worten ihrer vor ihnen stehenden Lehrerin folgten. Und wie malerisch war das Bild, das sich ihm bot! Lachend, es festzuhalten. Man hatte ihn noch nicht entbedt — er könnte vielleicht. — Einem plötzlichen Gedanken folgend schlug er das Skizzenbuch auf, das er unter dem Arme trug, und begann eifrig zu arbeiten.

Da bemerkte ihn plötzlich Sissi.

„Papaa!“ rief sie erfreut.

Nun war es mit der Aufmerksamkeit vorbei; der Graf öffnete die kleine Tür und trat zu ihnen. Jubelnd umringten ihn die Kinder.

Lore war rot geworden.

„Ach dachte, es sei gleich, wo ich Sissi und Ossi unterrichtete, Herr Graf,“ sagte sie, „beide bedürfen sehr der frischen Luft, und ihre Aufmerksamkeit ist die gleiche, wie im Schulzimmer.“

Sie hielt es für nötig, sich zu rechtfertigen, damit er nicht glaube, sie mache sich einer Pflichtverletzung schuldig.

Doch freundlich wehrte er ab.

„Es ist ganz so in meinem Sinn! Lebzigens — ich bin erfreut, Fräulein Berger, über die Fortschritte der Kinder. Ich will Sie nicht länger stören. Wenn ich eine Bitte aussprechen darf; bleiben Sie noch so! Ich möchte die Kinder so malen — im Freien — in dieser schönen Natürlichkeit. Und morgen hoffe ich, Sie wieder hier zu finden.“

Lore fand nichts Auffallendes an dieser Bitte; sie konnte ja nicht ahnen, daß es ihm hauptsächlich auf ihr Bild ankam.

Lore war dabei, den Teetisch auf der Terrasse herzurichten. Dann schnitt sie einen schweren, köstlich duftenden Fliederzweig ab, den sie in ein hart getöntes Wasserglas tat, um damit den Tisch zu schmücken. Noch einmal prüfte sie, ob nichts vergessen sei; es fehlte nichts — die kleinen Kuchen, die frisch gerösteten Toasts, Butter, Marmelade, Zucker, Rahm, in geschliffener Kristallflasche Akerl — alles, wie die Gräfin es bestimmt.

Es war Besuch da; der neue Nachbar, Baron Vullach, der die Verklindete Besitzung gekauft hatte. Bei seinem Antrittsbesuch hatte die Gräfin gefunden, daß er ein ganz schärmerker junger Mann sei, bei ihr manchmal über die Fensterecke hinwegsehen konnte, um so mehr, da er nach seiner Aussage sehr gern Tennis spielte, was Lella mit Freude begrüßte. (Fortsetzung folgt.)

Die Entwicklung (Deutsch.) begründete den Antrag seiner Partei, die Wirtschaftsgebiete, die lediglich landwirtschaftlichen Zwecken dienen, von der Abgabe freizulassen. Wir fordern die Freiheit und Bewahrung von Staatszuschüssen, Betonung der Rechte, allerdings kann aber auch die Niedrighaltung der Mieten länger durchgeführt werden, wenn die Erhaltung der Wohnungen erfordert täglich mehr Unkosten.

Hg. Süßschmidt (Soz.) begründete den sozialistischen Antrag, wonach das Besondere der Allgemeinheit gehören soll. Nur in Deutschland können bei der Steigerung um das Zwösfache den Ausgleichen nicht durch Mietserhöhung schaffen, was in anderen Ländern noch möglich ist. Das spricht für und nicht gegen die Sozialisierung, deshalb verlangen wir eine Vorgehen auch für die alten Wohnungen, nicht nur für Neubauten. Nur eine völlige Neuregelung des Wohnungsproblems kann der Wohnungsnot abhelfen. Wir stimmen dem Gesetz nur für das Jahr 1920 zu, in der Voraussetzung, daß es inzwischen zu der Neuregelung kommt. In Weiterführung ist man gegen das Gesetz, die Mieten dürfen aber nicht vergessen, daß es zurzeit nicht möglich ist, den Bestand an alten Wohnungen zu erhalten. Jedenfalls muß verhindert werden, daß die Mieten für die alten Häuser ebenso empfindlich wie für die neuen. Die landwirtschaftlichen Beiträge sind gefährlich.

Hg. Dr. Waretzki (D. Volksp.) stimmte der Vorlage mit gewissen Vorbehalten zu.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Welt.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 britische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schwedische, belgische und französische Frank, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ = angeboten; „Welt“ = gesucht.)

Warenplätze	21. 6.		20. 6.		Stand 1. 8. 14
	Welt	Preis	Welt	Preis	
Holland .. Gulden	2317,65	2322,25	2307,65	2312,25	170 M.
Dänemark .. Kronen	1196,80	1201,20	1188,80	1201,20	112
Schweden .. Kronen	1557,40	1562,60	1552,90	1559,10	112
Norwegen .. Kronen	1007,83	1010,05	1008,25	1011,05	112
Schweiz .. Franc	—	—	1182,20	1182,20	72
Amerika .. Dollar	69,83 3/4	69,89 3/4	68,80 3/4	68,84 3/4	4,40
England .. Pfund	262,22	262,22	262,20	262,80	20,20
Frankreich .. Franc	—	—	569,40	576,80	80
Belgien .. Franc	569,40	561,80	566,90	558,10	80
Italien .. Lire	353,60	354,40	363,80	354,40	80
Österreich .. Kronen	13,48	13,62	13,68	13,72	85
Ungarn .. Kronen	28,50	28,58	28,77	28,83	85
Tschechien .. Kronen	95,77 1/2	95,87 1/2	95,50	95,70	85

Demnach war also die Mark in Werten ungefähr wert im Holland 7,8; Italien 22,9; England 7,8; Amerika 6,1; Frankreich 14,3

## Nah und fern.

Die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine gegen Inflationen. Auf der Tagung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine in Leipzig wurde eine Entschliessung angenommen, nach welcher keine aus den Ländern der Entente stammenden Waren gekauft werden sollen.

Wieder direkte Kohlenarten nach Luxemburg und Ost-Lothringen. Zwischen den Reichseisenbahnen und den Bahnen von Ost-Lothringen sowie den Wilhelm-Luxemburgbahnen ist ein neuer Tarif in Kraft getreten. Es ist nunmehr wieder möglich, direkte Kohlenarten nach allen Stationen der beiden Länder zu liefern und auch das Reisegepäck bis dorthin abfertigen zu lassen, so daß Aufenthalte an der Grenze vermieden werden.

Gebirgskraftwagen in der Schweiz. Die schweizerische Postverwaltung führt auf den Gebirgspässen eine Verkehrsverbesserung ein, indem sie auf neun Poststraßen die Postdepot für die Personenbeförderung durch besonders konstruierte Gebirgskraftwagen ersetzt. Damit wird die Fahrzeit über die Gebirgspässe um die Hälfte der früheren Fahrzeit vermindert.

Verminderung der französischen Einfuhr. In den ersten fünf Monaten von 1921 hat Frankreich für 8 1/2 Milliarden Frank Waren eingeführt. Das bedeutet gegenüber der Einfuhr in der gleichen Periode des Vorjahres eine Verminderung von 7 Milliarden Frank. Ausgeschieden hat Frankreich in den ersten fünf Monaten für 9 Milliarden Frank, das bedeutet gegenüber der gleichen Zeitperiode im Vorjahre 1920 ein Plus von 1 Milliarde 200 Millionen Frank.

## Unfauler Wettbewerb aus Amerika.

Die bedrohte deutsche Farbenindustrie. Die Fälle, in denen amerikanische Farbstofffabriken deutsche Chemiker bestechen und zum Verrat von Fabriksgeheimnissen veranlassen, sind kürzlich durch einen Dr. Reuter von den Höchster Farbwerken um einen weiteren vermehrt worden, wie uns geschrieben wird. Er ist unter Druck aller Verpflichtungen in die Dienste der Sterling's Products Inc. Wheeling West-Virginia, getreten, der er seine Tätigkeit widmen will. Im Zusammenhang mit früheren Fällen zeigt der Vorgang deutlich, daß die amerikanische Farbenindustrie ganz systematisch sich durch Bestechung in den Besitz deutscher Fabriksgeheimnisse zu setzen sucht. In diesem System gehört es weiter, daß auch Meister und Arbeiter der deutschen chemischen Fabriken fortgesetzt Bestechungsversuchen ausgesetzt sind. Wie seine Vorgänger, ist mittlerweile auch Reuter nach den Vereinigten Staaten abgereist. Wie er dort aufgenommen werden wird, steht dahin. Bezeichnend ist es in dieser Beziehung, daß ein amerikanischer Gelehrter, Prof. Dr. Hamilton, von der Harvard-Universität in Boston gegen das unfaule Verfahren der amerikanischen Gesellschaften der chemischen Industrie bereits scharf Stellung genommen hat. Ein Zeichen dafür, wie man auch an anderen Orten der Vereinigten Staaten denkt, liefert die „Chicago Sonntagspost“, die über einige derartige Überläufer u. a. folgendes schreibt:

Für Gold haben sie den Volksgenossen die Treue gebrochen, für Gold haben sie die Ehre geopfert, für Gold haben sie ihr Vaterland verraten und verloren, sie sind unfähig arm geworden, aus Achtung anständig denkender Menschen dürfen sie nicht rechnen. Auch der Amerikaner liebt sein Vaterland über alles in der Welt, denn Vaterlandsverrat verachtet er aus seines Herzens Grund. Aber er läßt sich vor seiner Verführung mit etwas Unreinem und Ekelhaftem. Wir aber, amerikanischen Bürger von deutschem Stamm und Blut, wir schämen uns dieser Stammesgenossen. Ihr Hiersein bringt uns Schmach und Schande. Kein Handschlag soll sie herzlich grüßen, kein Freund soll sich zu ihnen gesellen. Doch ihre Namen wollen wir uns nie einprägen, auf daß sie niemals Bürger dieses Landes werden sollen.

Das ist eine deutsch-amerikanische Stimme. Aber auch aus anderen Kreisen tönt den Anhängern ein ebenso unerschütterliches Willkommen entgegen. So nimmt Dr. Charles H. Herby, der frühere Vorsitzende der American Chemical Comp., in eine der letzten Nummern des „Journal of Industrial Eng. Chemistry“ entschieden Stellung

gegen die Anstellung der beiden Chemiker Jung und Glatfelter bei der Du Pont Gesellschaft. Er bezeichnet die Anstellung dieser beiden Persönlichkeiten als eine Zurücksetzung amerikanischer Chemiker, und in dieser Beziehung schlägt der „Manufacturers Record“, der in der Erwähnung der deutschen Chemiker eine Verleumdung ihrer amerikanischen Berufsgenossen erblickt. Herby fordert die entsprechende Maßnahme, obgleich sie in ihrer Abneigung gegen Deutschland im allgemeinen und die deutsche Farbenindustrie im besonderen einig sind.

Daß sich im übrigen auch das amerikanische Gewissen gegen das Gebahren der amerikanischen Farbcntrüts auszusprechen beginnt, darf man einerseits aus dem Vorgehen des Senators King schließen, der eine Untersuchung der Wachsenchaften des Farbcntrüts fordert, andererseits auch daraus, daß die im Mittelpunkt der Bestechungsversuche stehende Du Pont Gesellschaft sich zu entschuldigen versucht. Sie läßt erklären, daß die beiden deutschen Fachmänner lediglich gewonnen worden seien, um die Bemühung der deutschen Patente, die der Gesellschaft durch den Krieg zugesprochen seien, möglich zu machen. Das könnten die amerikanischen Chemiker nicht, denn es sei als sicher festgestellt worden, daß die im amerikanischen Patentamt hinterlegten deutschen Patentbeschreibungen absichtlich dunkel gehalten und irreführend seien. Bei manchen seien wichtige Zwischenstufen nicht ausreichend beschrieben, weshalb die Anstellung deutscher Fachmänner notwendig geworden sei. Die Du Pont Gesellschaft wolle aber keine deutschen Fachgeheimnisse haben, außer denen, deren Kenntnis ihr von Recht wegen (1) zuehören.

Das ist eine recht lebendige Erklärung, die sichtlich den Stempel der Verlegenheit an der Stirn trägt, denn „von Recht wegen“ hat die Du Pont Gesellschaft keinerlei Anspruch auf irgendwelche deutschen Patente. Diese sind vielmehr den rechtmäßigen Inhabern im Kriege geraubt und der Du Pont Gesellschaft zugesprochen worden. Letztere hat sich dann dazu hergegeben, deutsche Chemiker, Werkmeister und Vorarbeiter durch Bestechungen zum Verrat deutscher Fabriksgeheimnisse anzuwirken, und sie hat sich bei diesem Verfahren feineswegs etwa auf die im Wege der Gewalt in ihren Besitz gelangten Patente beschränkt. In der gesamten anständig denkenden Geschäftswelt des Auslandes wie des Inlandes ist unter diesen Umständen das Verfahren der Du Pont Gesellschaft der verdienten Brandmarkung fähig.

In Deutschland selbst wird man in diesem von amerikanischer Seite mit besonderem Nachdruck betriebenen Schem der Spionage und Verleitung zum Verrat die besten Rechtfertigungen für den Plan einer Sanktion gegen wirtschaftlichen Landesverrat finden. Sie sollte so schnell wie möglich in die Wege geleitet werden.

## Zurückbare Grubenkatastrophe.

83 Tote, 68 Verwundete.

Serne, 21. Juni.

Auf der Höhe Mont Genis ereignete sich gestern mittag eine schwere Schlagwetterexplosion. Sie erfolgte auf der fünften Sohle, war aber so gewaltig, daß sie auch die dritte und vierte Sohle durchschlug und große Strecken der unterirdischen Gänge in Brand setzte. Von den mehr als 1200 Bergleuten, die sich zur Zeit der Explosion in den Schächten befanden, konnte ein sehr großer Teil noch rechtzeitig gewarnt und über Tage gefördert werden. Die Zahl der Opfer der Katastrophe ist aber trotzdem noch sehr hoch. Es wurden 79 Tote und 72 verletzte Bergleute zutage gefördert. Da von den Schwerverletzten, die im Bergmannsheil in Bochum Aufnahme gefunden haben, vier gestorben sind, beläuft sich die Zahl der Toten auf insgesamt 83.

Das entsetzliche Unglück entstand offenbar durch einen Sprengschlag in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Explosion wirkte wie ein Erdbeben. Das donnerähnliche Geräusch löste sofort eine große Menschenmenge an den Hoheningang, wo sich, als die bis zur Unkenntlichkeit verstäubte Luft in die Leuchten zutage gefördert wurden, erschütternde Szenen abspielten. Viele Verwundete haben durch die giftigen Nachschwaben sehr gelitten und grauenerregende Verbrennungen davongetragen. Auch Knochenbrüche sind festgestellt worden. Unter den noch in der Grube befindlichen Bergleuten befindet sich auch ein Sohn des Besitzers der Grube, die der Familie Bäckling gehört. Eine große Anzahl der verunglückten Bergleute ist erst vor kurzem von der stillgelegten Zeche Maximilian bei Hamm auf die Zeche Mont Genis verlegt worden.

Der durch die Explosion und den Brand in der Grube angerichtete Schaden ist sehr bedeutend und wird wahrscheinlich eine längere Betriebsunterbrechung zur Folge haben.

Das Unglück von Mont Genis, einer der größten Zechen des rheinisch-westfälischen Ruhrbeckens, gehört zu den schwersten Bergwerkskatastrophen der letzten Jahre. Die verhängnisvolle Schlagwetterexplosion seit Menschenedenken war die von Courrières in Nordfrankreich (1906), die 2000 Todesopfer forderte. Im Jahre 1907 fielen einer Grubenexplosion bei Pittsburg in Amerika 500 Menschenleben zum Opfer, und ein Jahr später fanden auf dem Raddobbschicht in Westfalen 335 deutsche Bergleute den Tod.

## Legte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Erziehungsvollst.

Berlin. Die preussische Regierung hat beschlossen, einen Kredit von 200 Millionen Mark für ländliche Siedlungen in Preußen flüssig zu machen.

Religiöse Kindererziehung.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte die Frage der religiösen Kindererziehung. Nach einem vereinbarten Antrag Dr. Stahl (D. Volksp.) und Dr. Radowitz (Soz.) soll über die religiöse Erziehung eines Kindes die Entscheidung der Eltern bestimmen, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres soll dem Kinde die Selbstentscheidung zustehen. Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so kann es gegen seinen Willen nicht mehr in einem anderen Bekenntnis als dem bisherigen erziehen werden. Die Grundgedanken des Antrages Stahl (D. Volksp.) und Radowitz (Soz.) wurden vom Ausschuss gebilligt und dem Gesetze eine dahingehende Fassung gegeben.

Die verheerende Wirkung der Sanktionen im Rheinlande. Worms. In der letzten Stadtratsversammlung wurde anfänglich einer sozialdemokratischen Interpellation über die wachsende Zahl der Arbeitslosen die verheerende Wirkung festgestellt, die die Sanktionen jetzt auch in wachsendem Maße auf das Wirtschaftsleben der Stadt Worms ausüben. Nicht nur

daß die Zahl der Arbeitslosen ständig zunimmt, es mehren sich auch die Fälle, in denen ganze Betriebe dazu übergehen, die Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche einzuschränken. Die Zahl der Kurzarbeiter steigt sich dadurch rapide. Alle von der Stadtverwaltung und dem Arbeitsamt angewandten Mittel vermögen nicht die bedrohliche Lage zu heben, wenn nicht endlich die restlose Aufhebung der Sanktionen und der Zollgrenze am Rhein eintritt.

Dr. Rosen bei Laurent.

Berlin. Minister Dr. Rosen hatte eine Unterredung mit dem französischen Vizekonsul Laurent, die sich auf oberirdische Fragen bezog. Wegen der schwebenden Verhandlungen über die Art der Klärung des Gebietes ist die Befragung der oberirdischen Interpellation von der Tagesordnung des Reichstages abgelehnt worden.

Kohlenausfuhr aus Oberschlesien.

Wien. Dieser Tage verhandelten deutsch-österreichische und tschechoslowakische Vertreter in Opatowitz über die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen nach Deutsch-Österreich und in die Tschechoslowakei. Es heißt, daß schon in den aller-nächsten Tagen wieder mit der Kohlenausfuhr aus Oberschlesien begonnen werden soll. Inzwischen haben sich die Kohlenvorräte, besonders in den Bezirken Piesch und Kibitzler vergrößert, daß sämtliche Lagerplätze bereits überfüllt sind. Auch die Bahnhöfe sind mit Kohlenwagen, die Grenze nicht passieren konnten, verstopft.

Deutsch-dänische Zollfragen.

Kopenhagen. Ministerpräsident Neergaard beschäftigte sich in einer politischen Versammlung in Odense mit der von der dänischen Industrie erhobenen Forderung auf besondere Zoll-erhöhungen zum Schutz gegen die deutsche Einfuhr und führte unter anderem aus: Die Regierung kann die Forderung der Industrie auf Erhöhung der Zölle, die nach den Vorschlägen der einzelnen Industriezweige eine mehrfache Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze bedeuten dürfte, jetzt ebensowenig wie früher erfüllen.

## Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für die Wahl mehrerer wichtiger Ämter.

Wilsdruff, am 22. Juni.

Commerz-Anhang! Wer lacht da! Am 22. Juni beginnt nach dem Kalender der Sommer, die Zeit der Reife und des Vollerbählens. Duffige Rosenpracht hat uns schon seit Wochen im Einklang verlockt und Sonnenglut und Regen haben alles drauhen in Wald und Feld zu sattestem Grün emporgestrieben. Doch wollen uns Winde, Regen und Dauerregen, die schon während des ganzen Rosen- und Heumonats sich plötzlich einstellen, nicht recht froh werden lassen. Nach Berliner Wetternachrichten soll aber das unbeständige Wetter seinen Höhepunkt erreicht haben. Die anbauenden Niederschläge und namentlich die Nordwestwinde, die uns eine beträchtliche Abkühlung der Temperatur gebracht haben, sind die Folge eines sehr tiefen Minimums, das über Schweden lagert. Da dieses Tief aber schon in den nächsten Tagen abziehen dürfte, so ist mit einem bevorstehenden Wetterumschlag zu rechnen. Die Prognose lautet: Mit dem Sommeranfang wird sich die Temperatur erheblich aufwärmen, die Regen- und Graupelldauer werden ausbleiben, kurz, das Wetter wird wieder sommerlicher Charakter tragen. Warten wir ab, ob der Berliner Laubfrösch recht haben wird. Bei uns sind die Aussichten noch sehr trübe.

Johannistag. (24. Juni.) Gibt es im Reigen der jährlichen Feste noch einen Tag, der einen solchen Reichtum vollständiger Beziehungen zu einstiger germanischer Vortzeit aufzuweisen vermag wie das Fest der Sonnenwende, der Johannistag? Überaus groß ist der Franz poetischer Sagen, der sich um diese Zeit schlingt. So sagt man, daß sich am Johannistag die Berge öffnen und daß man seltene Kleinodien heben könne. Andere Erzählungen des Volkes berichten von verwünschten Jungfrauen, die in der Mittagsstunde des Johannistages ihrer Erstling barren. Die geheimnisvolle Wünschelrute, die in früheren Zeiten eine so große Rolle spielte, muß man in der Johannisnacht schneiden, und viele Kräuter müssen am Johannistag gepflückt werden, sollen sie wirksam sein. An vielen Orten werden am Johannistag die Gräber der Verstorbenen festlich geschmückt, Blumen liegen auf den Hügel der Armen, und man pilgert zu den Friedhöfen wie sonst nur am Allerheiligentage und am Totenfest. Der bekannteste Brand des Johannistages ist das Angünden der Johanniskraut. Während die Osterfeuer vorzugsweise auf Bergen und Höhen emporflammen, wurden die Johanniskrautfeuer meist in der Ebene, vor dem Rathaus oder auf dem Markte angezündet. Man tanzte singend um das Feuer herum, sprang paarweise über die Flammen, um sich zu reinigen von allen bösen Krankheiten, und warf nicht nur allerlei Kräuter hinein, damit gleich ihnen alles Unglück in Rauch aufsteige, sondern auch Pferdeköpfe, Knochen und selbst lebende Tiere, wie Hähne, die als Opfergaben dienen sollten. Das Johanniskrautfeuer half, nach altgermanischer Auffassung, den Sieg des Lichtes und der Lichtgötter vervollständigen. In den deutschen und österreichischen Gebirgsgegenden lodern hier und da noch heute Johanniskrautfeuer auf. Eine besondere deutsche Sitte des Johannistages war früher das Johannistbad, das heilend und stärkend wirken sollte. Wie vollständig das Johannistfest ist, zeigt auch die Tatsache, daß viele Vereine, Gilden und Verbände gern ihr Hauptjahresfest in der Johannistzeit feiern.

Für unsere Postbezieher ist es höchste Zeit, den Bezug unserer Zeitung zu erneuern, damit am 1. Juli keine Unterbrechung in der Lieferung eintritt. Wer die Weiterbestellung übersehen hat, wende sich sofort an das zuständige Postamt oder gebe dem Briefträger den ausgefüllten Bestellschein mit.

Das Gesamtergebnis der Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“ im Freistaat Sachsen hat, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, den höchst erfreulichen Betrag von reichlich 4 1/2 Millionen Mark ergeben. Den sächsischen Vertretern im Reichsausschuß „Deutsche Kinderhilfe“ ist es gelungen, zu erreichen, daß der bestimmungsgemäß nach Berlin abzuführende Betrag von 20 Prozent des Ergebnisses (849 000 M.) dem Freistaat Sachsen ganz verbleibt. Außerdem aber sind aus dem Reichsausschufsfonds dankenswerter Weise weitere 380 000 M. — die aus dem Sammelergebnis Württembergs stammen, was mit besonderem Danke erwähnt sei. — dem sächsischen Landesauschuß in Berücksichtigung der besonderen Kindernot überwiesen worden. Der 20-Prozent-Betrag (849 000 M.) soll noch den Pflegebezirken zur Verfügung gestellt werden, so daß die Hälfte der Hälfte der schon erhaltenen Summen (40 Prozent) zu erwarten haben. Der restliche Betrag von 380 000 M. soll dem Landesamt für Wohlfahrtspflege überwiesen werden, das ihn dem Vernehmen nach wiederum den Pflegebezirken je nach den örtlichen Bedürfnissen insbesondere für Wäcker und Bekleidungsbeschaffung zugute kommen lassen will. Daß außer den obigen Summen durch die Deutsche Kinderhilfe eine reiche Schokoladenpende nach Sachsen für seine Kinderheime und Wohlfahrtsauschüsse gekommen ist (24 000 Kgr.), sei noch besonders hervorgehoben.

Der Landtag wird in dieser Woche nur noch am Donnerstag und Freitag Vollsitzungen abhalten, in nächster Woche ebenfalls nur Mittwoch und Donnerstag. Damit wird wahr-

Meinlich das Arbeitspensum erledigt sein und der Landtag in die Ferien gehen.

Ein bürgerlicher Protest. Am Rechtsausschuß des Landtages wurde am Dienstag die Grundsteuervorlage behandelt. Die Kommunisten beantragten, die Grundsteuern von Arbeiter- und Beamtenvereinigungen von der Besteuerung auszunehmen, wenn die betreffenden Genossenschaften nicht auf Gewinnerzielung eingestellt sind. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und der beiden sozialistischen Parteien angenommen. Daraufhin verließen die Abgeordneten der Deutschen und der Deutschen Volkspartei die Sitzung und erklärten, daß sie sich an der weiteren Beratung nicht beteiligen würden.

Die älteste deutsche Feuerwehr. Die freiwillige Feuerwehr zu Weifen, die das unbefristete Erstgeburtsrecht unter den deutschen Feuerwehren besitzt, feiert am 18. und 17. Juli dieses Jahres ihr 80. Stiftungsfest.

Postkreditbriefe. Das Reichspostministerium hat eine Einrichtung getroffen, um den Reisenden das Mitführen von größeren Geldbeträgen zu erleichtern. Die Postkreditämter fertigen Postkreditbriefe aus, die bis zum Höchstbetrage von 10000 Mark lauten. Auf diese Postkreditbriefe wird den Reisenden, die ein entsprechendes Postkreditkonto haben, auf jedem Postamt im Deutschen Reich ein Betrag ausgezahlt. Es können zwanzig einzelne Beträge abgehoben werden. Die Gültigkeitsdauer der Postkreditbriefe ist auf sechs Monate festgesetzt.

Der diesjährige Ferienverkehr. Angesichts der bevorstehenden großen Schulferien und der damit einhergehenden Hauptreisezeit hat die Eisenbahnverwaltung in diesem Jahre für die Beförderung der Reisenden Vorschläge in größerem Umfange vorgesehen. Auf fast allen Strecken ist zur Bewältigung des Reiseverkehrs nach den Bahnen und Gebirgen die Beförderung einer ganzen Anzahl von Vor- und Nachzügen zu den fahrplanmäßigen Zügen vorgesehen, die außer den Feriensonderzügen zu ermäßigten Fahrpreisen gefahren werden sollen. Auch für den Beginn der Vertiefungsarbeiten sowie zum Schluss derselben ist eine Reihe von Zügen für den verstärkten Verkehr vorgesehen, die je nach dem auftretenden Bedarf verfahren werden.

Besserung des sächsischen Arbeitsmarktes. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen hat sich im Monat Mai im ganzen genommen weiter gebessert. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist bei 62 berichtenden Arbeitsnachweiser von Anfang April bis Anfang Mai von 78 540 auf 69 630 gefallen. Der Rückgang zeigte sich außer in der Landwirtschaft, die noch 2200 Arbeitskräfte aufnahm, namentlich im Baugewerbe. Auch die Metallindustrie, das Spinatstoffgewerbe sowie die sonstige Lohnarbeit verzeichneten eine Abnahme der Arbeitslosenregister. Nur im Bergbau steigerte sich die Zahl der Arbeitssuchenden trotz 366 Vermittlungen von

# Die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff

machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß die Brotmarken für die nächste Versorgungszeit von heute ab gegen Ausweis bei uns abgeholt werden können. Der Ausweis muß mit der Unterschrift des betreffenden Gemeindevorstandes und dem Gemeindestempel versehen sein. Diese Verleihungsart erfolgt mit der Genehmigung der Amtshauptmannschaft Weifen.

## „Wilsdruffer Tageblatt“, H. Schmucke.

127 auf 246. Der Abnahme der Zahl der Vollerwerbstätigen stand auch im Berichtsmonat meist eine Zunahme der Teilerwerbstätigkeit gegenüber.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Am Dienstag trat in Dresden der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 49. Plenarversammlung unter Leitung des Präsidenten Staatsminister Dr. Freiherr von Schotteler-Lieser zusammen. Der Präsident führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß seit dem Besuch des Landwirtschaftsrates seit dem Jahre 1872 die Körperlichkeit zum ersten Male außerhalb der Reichshauptstadt tage, was in erster Linie auf die lebenswichtige Einleitung des Präsidenten des sächsischen Landeskulturrates Erz. Dr. Mehnert zurückzuführen sei. Der Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hoffmann, wünschte der Tagung namens seines Ministeriums den erhofften Erfolg. Der Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums, Geheimrat Abig, brachte zum Ausdruck, daß der Minister bedauere, von der Teilnahme an der heutigen Sitzung durch dringende Dienstgeschäfte verhindert zu sein und Erz. Geheimrat Rat Dr. Mehnert die den Landwirtschaftsrat namens der sächsischen Landwirtschaft herzlich willkommen. Darauf folgten Erklärungen zum Ständigen Ausschuss und zum Kuratorium der Kreis-Vereinstelle des sächsischen Landwirtschaftsrates und zum Rechtsausschuß der deutschen Landwirtschaft. Ueber den Wirtschaftsplan für 1921-22 und über die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft referierten Graf zu Nangau-Breitenburg, der Präsident der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein und

Dr. Horiander, Direktor der bayerischen Landesbauernkammer in München. Am Anschluß daran wurde ein Antrag des Grafen Nangau angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß die oberste Aufgabe der deutschen Landwirtschaft die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes ist und bleibt und daß Voraussetzung dafür ist: Wahrung aller produktiven Kräfte, die Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande, die Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlagen des landwirtschaftlichen Betriebes, die Förderung der landwirtschaftlichen Technik und die kraftvolle Wahrnehmung der eigenen Interessen der Landwirtschaft. Hierauf hielt Präsident a. D. von der Borgh-Beck ein Vortrag über die neuen Reichs- und Landessteuern und ihr Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion. Den von dem Vortragenden aufgestellten Leitsätzen wurde einstimmig zugestimmt. Hierauf folgten Berichte über die Tätigkeit des Verbandes landwirtschaftlicher Hauptpflicht-Versicherungen und über die Tätigkeit der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse. Die Beratungen wurden heute Mittwoch fortgesetzt.

Dresden. Ein blutiges Eifersuchtsdrama hat sich gestern morgen im Hause Pirnaische Straße 2 abgespielt. Dort wohnt im zweiten Stock die ledige Kellnerin Ella Jacob. Sie unterhielt mit dem Fleischermeister Fischer ein Liebesverhältnis. Er war vergangene Nacht bei der Jacob in der Wohnung verblieben. Heute morgen gegen 5 Uhr hörten Hausbewohner mehrere Schüsse fallen. Sie meldeten es der Polizei. Diese fand Er und die Jacob durch Revolvergeschüsse schwer verletzt im Bette liegend, aber noch lebend vor. Die Jacob hatte zunächst dem Er mehrere Schüsse in den Kopf beigebracht und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Beide wurden nach dem Johannstädter Krankenhaus übergeführt. Dort ist Fischer inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Zustand der Jacob ist bedenklich. Der Grund zu der Tat dürfte Eifersucht sein.

Zwickau. Auf dem Wilhelmsplatz III ereignete sich am Montag mittag ein schwerer Unglücksfall dadurch, daß zwei Arbeiter, die an der 60 Meter hohen Eise beschäftigt waren, infolge Rorschbeit des Brettes durchbrachen und in die Tiefe stürzten. Sie blieben beide tot liegen.

Mauen. Die Stadtverordneten beschlossen, die Gewerbesteuer auf 400 v. H. zu erhöhen, und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1920 ab, wodurch ein Mehrlauf von 5 Millionen Mark bedacht werden soll. Ferner wurde die Erhebung einer Behebungs- oder Fremdensteuer beschlossen, die 100 000 M einbringen soll. Die Steuer steigt von 10 bis 30 v. H. je nach dem Tagespreis der Hotels.

### Kirchennachrichten Wilsdruff.

Kollekte für den Ehrenfriedhof.

Freitag den 24. Juni, abends 6 Uhr Gedächtnisfeier für die Gefallenen auf dem Ehrenfriedhofe (bei ungünstiger Witterung in der Jakobikirche). Gesangbücher mitbringen.

Am Dienstag den 21. Juni früh 1/8 Uhr  
entschließ sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden unsere über alles  
geliebte, herzengute Mutter, Schwiegermutter,  
Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau  
**Margareta verw. Uhlig**  
geb. Stegbauer.

Dies zeigen tiefbetrübt an  
Wilsdruff u. Dresden, am 22. Juni 1921.  
Familie Otto Messerschmidt,  
Familie Otto Leuschner,  
Familie Paul Uhlig.

Die Ueberführung erfolgt morgen Donnerstag  
tag vormittag 1/9 Uhr nach Weifen.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Gasthof Kaufbach.**

Sonntag den 26. Juni 1921 nachmittags 3 Uhr  
**Gr. Schweinsprämien- Vogelschießen**  
mit Ballmusik.

Streu laden freundlich ein  
H. Falkner und Frau.

**Zickelfelle**  
sowie alle Arten Häute und Felle  
kauft zum höchsten Tagespreis

**Julius Arnold, Postschappel,**  
Tharandter Straße 24 2720 Fernsprecher 785.

**Achtung!** **Achtung!**

**Kapitalverdopplung in 2 Monaten**  
durch „Saxonia-Konzern“ Dresden

Rüchel & Co., offene Handelsgesellschaft.  
Sprechzeit und Einzahlungen von 300 M an  
auch in Kriegsanleihe für Wilsdruff u. Umg.  
Freitag den 24. Juni von 10 bis 1/6 Uhr im  
Gasthof „Weißer Adler“. Einzahlungen außer  
der Zeit: Weifen, Dorfplatz 5. 4220



Heute nachmittag entschließ nach kurzem Krankenlager  
unsere treu sorgende, liebe, gute Mutter, Großmutter, Urtrog-  
mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Amalie Auguste Wilhelmine w. Runze**  
geb. Belle  
in ihrem 80. Lebensjahre.

Grumbach, den 21. Juni 1921.

In tiefem Schmerz  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 25. Juni nachm. 3 Uhr  
vom Trauerhause aus statt.



Erscheinen aller Mitglieder,  
auch der Damen, Nicht.  
D. V.

**Matjes-  
Heringe**

empfiehlt  
**Max Berger**  
vorm. Th. Goerne.

**Warnung!**

Ich warne hiermit vor  
Weiterverbreitung der von  
meiner Schwester, Margarete  
Thümmel in Postschappel,  
gegen mich ausgesprochenen  
Verleumdungen, da ich jeder-  
mann persönlich verlangen  
werde. Max Rost, Sora.

Zeige ergebenst an, daß ich von heute an einen Trans-  
port schwerer hochtragender und neuemleuber

**Oldenburger  
Herdbuch-Rühe**

sowie ein Paar schöne  
Oldenburger Herdbuch-  
Bullen außerst billig zum Verkauf stelle.



Hochachtungsvoll  
**Bernhard Gantke, Weifen**  
Fernspr. 868. Neugasse-Grabenweg 1. Fernspr. 868.

**Wirtschaft**  
bis 30 Scheffel

zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten an Max  
Wär, Somsdorf-Tharandt.

Suche für 15. Juli nicht.  
**Großmagd,**  
welche gut melken kann. 4225  
E. Rüdiger, Helbigsdorf.

**Johannisbeeren,**  
rote, weiße, schwarze,  
Erdbeeren u. Stachelbeeren  
kauft jedes Quantum  
Döbsteil, Döbitz, Zschawitz

Von kinderlosem Ehepaar  
wird ein Mädchen, das in  
Weifen höhere Schule be-  
suchen wil, in  
**gute Pension**  
sofort od. später genommen.  
R. Krabe, Weifen,  
Elbststraße 21.

**Ich empfehle ab Lager:**

**Ia. Baumwollsaatmehl**

50-55%

**Carola-Erdnussmehl**

54-58%

**Sesamkuchenmehl**

48-52%

zu jeweiligen Tagespreisen.

**Düngemittel**  
für  
Herbst u. Frühjahr

bitte ich schon jetzt bei mir  
zu bestellen. Ich bin bereit  
für rechtzeitige, preiswerte  
Lieferung mit guten Gehalts-  
waren bemüht. Meines zu-  
frieden. Kunden befriedigen des.

**Louis Seidel,**  
Wilsdruff,

Fernruf 10. 4218

Verlässliche neue  
**Herren- und  
Damenräder**

sowie gebrauchte, gut vor-  
gerichtete Herren- und  
Damenräder mit Total-  
Freilauf und pa. Gummi von  
**375 bis 750 Mark**  
verkauft.

**A. Schulze,**  
meh. Werkhätt, Unterschdorf.

Sachgemäße Ausführung  
sämtlicher Reparaturen.  
Ersatzteile u. Zubehör.

**Jalousien**  
fertig und repariert

**Richard Nagel,**  
Weifen, Neugasse.  
Fernsprecher 457.

**Gewissenhafte Montage.**

**Schäferhund**  
sehr wachsam, preiswert zu  
verkauft.

Wo? zu erfragen in der  
Geschäftspl. d. Bl. u. 4507.